

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen...

Die abendliche Ausgabe erscheint abends 8 Uhr...

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Englands Antwort an Rußland

Erklärung Lloyd Georges im Unterhaus

London, 29. Juli.

Zur russischen Frage sagte Lloyd George, die englische Regierung sei jetzt im Besitz der Ansichten der italienischen Regierung...

Die Antwort lautet: Die englische Regierung ist jetzt nach Beratungen mit ihren Alliierten in der Lage, folgende Antwort auf Tschitscherins Telegramm vom 27. Juli zu senden:

Die englische Regierung schlägt unter der Voraussetzung, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Sowjetrußland und Polen bevorsteht, ihren Alliierten vor, an einer in London abzuhaltenden Konferenz...

Bezüglich des Zweckes der Zusammenkunft in London, bezüglich der dazu einzuladenden Mächte und der hauptsächlichsten Fragen, die zur Erörterung kommen, sollte kein Zweifel bestehen...

Die Kriegslage

London, 29. Juli.

Im Unterhause fragte Robert Cecil, ob das Vordringen der Roten Truppen aufgehört habe...

Weiter erklärte Lloyd George: Die Regierung leistet den Streitkräften des Generals Wrangel in Südrußland und der Krim in keiner Weise Beihilfe...

Der polnische Herresbericht

Warschau, 30. Juli.

Generalsberichts vom 29. Juli: Auf dem Nordflügel unserer Nordfront drang der Feind in Ossowiec ein...

Spaa in der Pariser Kammer

Paris, 30. Juli.

Nach einer Havasmeldung ist die Annahme des Ausschusses der Kammer für finanzielle Angelegenheiten zugunsten der Einzelberatung des Kohlenabkommens von Spaa...

Anruhen in Danzig

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Danzig, 30. Juli.

Gestern nachmittags fand eine vom Gewerkschaftsrat veranfaßte Demonstration gegen die Lebensmittelsteuerung und gegen die hohen Steuern statt...

Patrouille, die er in der Richtung Samsha und Wisna auslände, wurde durch unsere Abteilungen verjagt...

Rußland will keine harten Friedensbedingungen

M. London, 30. Juli.

In einer Presseunterredung erklärte Litwinow, Rußland sei entschlossen, Polen keine harten Friedensbedingungen aufzuerlegen...

Der französische Standpunkt

M. London, 30. Juli.

Der Berichterstatter der „Times“ in Paris meldet: In gewissen politischen Kreisen stellt man fest, daß Lloyd George bei der Besprechung mit Millerand in Boulogne den englischen und italienischen Standpunkt in der russisch-polnischen Frage dem französischen vollkommen untergeordnet habe...

Die Wollfliegen im Ausland

M. Kopenhagen, 29. Juli.

Litwinow erklärte einem Mitarbeiter der „Posten“ gegenüber zu der aus Deutschland stammenden Nachricht, daß die Unabhängigen im Verein mit den Bolschewisten in mehreren norddeutschen Städten die Räterepublik errichten wollten...

Die Lügen des WTB über die Errichtung einer Räterepublik in Verbindung mit der russischen roten Armee haben also bereits das Ausland erreicht...

Der Redner zog die Masse nach dem Regierungsgebäude, wo sich auf Erlauchen des Gewerkschaftsrats der Staatrat versammelt hatte...

Am Abend gestaltete sich die Demonstration zu einer Kundgebung gegen die Polen, die daher kam, daß der polnische Vorkriegsverband Kommerellen einen Lebensmittelboykott gegen Danzig führen wollte...

Der Strafprozeß gegen die Rote Armee

Aus Wien wird uns geschrieben:

Karel Stromfeld war der Generalstabschef der Roten Armee in Sowjetungarn. Im großen Kriege war er Generalstabschef und Chef einer Division an der Piawefront...

Stromfeld ist ein hervorragender Offizier, der die Rote Armee geschaffen und mit ihr die Tschechen aus Ungarn vertrieben hat...

Stromfeld war der Organisator der Roten Armee und damit der Erretter der Sowjetmacht. Diese Herrschaft war aber ein Aufruhr und so trug seine Tätigkeit zur Verlängerung des Kampfes bei...

Dieses Urteil ist ein Dokument der Klassenjustiz, wie man es selten zu sehen bekommt...

Die Verteidigung Stromfelds war auf zwei Gedanken aufgebaut: er sagte, er habe die Rote Armee organisiert, um den Landesfeind zu vertreiben...

Das Verhör des Generalstabschefs Hauptmanns Richters eger gestaltete sich folgendermaßen:

Der Vorsitzende: Hieß sich Stromfeld für einen Sozialdemokraten?

Der Zeuge: Ja, aber er wollte nur die großen Vermögensunterschiede ausgleichen.

Der Staatsanwalt: Dies ist schon eine kommunistische Richtung.

Der Verteidiger: War es ein allgemeines Interesse, den Räuberbanden entgegenzutreten?

Der Zeuge: Hätten wir das nicht getan, so wäre eine große Gefahr eingetreten.

Der Vorsitzende: Wäre diese Gefahr größer gewesen als diejenige, durch die Herbeiführung der Anarchie die rote Herrschaft zu kürzen?

Der Zeuge: Darauf ist sehr schwer zu antworten. Die Stimmung war derart beschaffen, daß innerhalb drei Wochen alle erschlagen worden wären...

Der Prozeß warf manche Schlaglichter auf die miltärischen Gründe des Zusammenbruchs und sollte allen sog. national-bolschewistischen Gedankengängen zugänglichen eine Warnung sein...

Dieser Gelegenheit meldete Stromfeld, daß das 1., 4. und 6. Armeekorps in jedem Moment bereit sei, die nationalen Farben zu hissen und daß 80 Prozent der Arbeiter schon nationalistisch gesinnt sind und einen Haß gegen die Volksherrschaft hegen. Stromfeld selbst schwankte zwischen seiner nationalistisch-militärischen Gesinnung und seiner sozialistischen Ueberzeugung hin und her und er erklärte, daß er es nie zugelassen hätte, daß die Armee gegen Nationalangehörige, also Gegenrevolutionäre, verwendet werden sollte. Es marschierte eine ganze Reihe von Offizieren auf, die in der Roten Armee gedient und sehr wichtige Posten innehatten und bezogen, daß die Rote Armee, was die Disziplin betrifft, ein Organ der Gegenrevolution war, nur darauf bedacht, die Herrschaft der Sowjets zu stürzen wenn der geeignete Moment dazu gekommen sein wird.

Sogar der in der sozialistischen Verkleidung wirksame nationale Gedanke, der starke militärische Geist, der in der Diktatur herrschte, die Aussicht, eine Möglichkeit zu finden, in die militärische Laufbahn wiederzukehren, und so ihre Existenz zu sichern, vermochte die Offiziere nicht für die Sowjetherrschaft zu gewinnen, mit ein Beweis mehr, wie schmal die soziale Schicht war, auf welche sich die Diktatur des Proletariats in Ungarn stützte, und daß bei den Offizieren die ideologischen und politischen Momente stärker wirkten, als ihre wirtschaftlichen Interessen, die während der Sowjetherrschaft mit allen Mitteln befriedigt wurden. Die erste Revolution war in ihrem Wesen pazifistisch, die Sowjetherrschaft kriegerisch; in der ersten Revolution sind die Offiziere verjagt, brotlos gemacht worden, hatten keine andere Aussicht, als auf der StraÙe Schuße zu pugen und Zeitungen zu verkaufen; die zweite eckte sie in ihre Würde ein, gab ihnen eine gesicherte und gehobene Existenz, aber sie waren trotz alledem ihre unveröhnlichen Gegner und trugen sehr viel zu ihrem Sturze bei, was eine der wichtigsten und beherzigungswerten Lehren dieses Prozesses ist.

## Der Pinkerton-Schwindel

Hugo Stinnes als Auftragsgeber

Die Urheber des Schwindels, daß zwischen dem U. S. P. D. und dem Abgeordneten der Sowjetregierung, Herrn Joffe, in Memel ein Abkommen zur Ausrufung der Räterepublik in Deutschland getroffen worden sei, sind entdeckt. Wir haben gleich, als die Meldung der „Magdeburger Zeitung“ auftauchte, die „Deutsche Wirtschaftshilfe“ als die Quelle dieser schandlichen Lügennachricht bezeichnet. Die Nachforschungen, die in Magdeburg angestellt worden sind, haben die Richtigkeit unserer Behauptung ergeben. Die „Deutsche Wirtschaftshilfe“ hat aber nicht diesen einen Schwindel auf dem Gewissen, sondern von ihr gingen und gehen alle Nachrichten aus, die von der bürgerlichen Presse über die Bildung der „Roten Armeen“, bevorstehenden Aufständen, Terrorabsichten der Arbeiterklasse in die Welt gesetzt werden. Die „Wirtschaftshilfe“ ist ein Millionenunternehmen, das seine Gelder von der Schwerindustrie, dem Handel und den Großbanken bezieht. Sie ist aus der berühmtesten Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus hervorgegangen, jener gegenrevolutionären Organisation, die in den ersten Monaten nach dem Umsturz die Städte mit blutrünstigen Bildern verschandelte, ihre Häuser auf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hefte, und für die Ermordung der Arbeiterführer hohe Belohnungen aussetzte. Auch die Bekanntmachung, die im Januar 1919 an den Berliner Plafasäulen erschien und für den Kopf Kadeß 20 000 Mark auslobte, war ihr Werk, wie überhaupt alle Scheußlichkeiten, die während der Revolution verübt wurden, auf die geistigen Einflüsse dieser Mörderliga zurückzuführen sind.

Als die Tätigkeit dieser Gesellschaft in der Öffentlichkeit zu stark anständig wurde, legte sie sich den Namen „Deutsche Wirtschaftshilfe“ bei, trat fortan in der Öffentlichkeit nicht mehr hervor, sondern verlegte sich nur noch auf die unterirdische Arbeit. Die Wirtschaftshilfe wurde die Geheimorganisation der Rechtsparteien. Sie stellte ein großes Heer von Spitzeln an, der Stadt wurde gebildet von früheren Nachrichtenoffizieren, einer der Hauptmacher wurde aber das ehemalige Vollzugsratsmitglied Gerhard, der unter dem Namen Dr. Gärtnner auftritt und unter diesem Decknamen im Frühjahr 1919 verschiedene ungeschickliche Verhaftungen vornahm, die mit der Absicht, die

Verhafteten zu ermorden. (Sedebauer, Richard Müller.) Die Organisation ist vor allem in Bayern sehr stark ausgebaut. Sie hat im ganzen Reich Zweigstellen, schickt ihre Agenten auch als schlichte Arbeiter in die Betriebe, die dort hegen, putzen, produzieren müssen, damit die Öffentlichkeit durch beunruhigende Nachrichten dauernd in Spannung gehalten wird. Die Betriebsputzereien werden von einer Nebenstelle der „Wirtschaftshilfe“, die sich Pinkerton-Gesellschaft nennt, großzügig betrieben.

Die „Deutsche Wirtschaftshilfe“ hat auch an dem Kapp-Putsch tätigen Anteil gehabt. Sie hat durch Telegramme aus dem Reich die Putschverbrecher auf dem Laufenden gehalten, sie arbeitete heute noch mit den militärischen Nachrichtenstellen zusammen, ihre Hauptaufgabe ist es vor allem, dem Ausland die Notwendigkeit einer starken Wehrmacht zu suggerieren. Stinnes, der Hauptgeldgeber, rechnet vor allem mit folgendem: Die unwahren Nachrichten sollen im Ausland den Eindruck hervorrufen, als ginge in Deutschland alles drunter und drüber. Die ausländischen Kapitalisten sollen, durch Schrecknachrichten aus der Verfassung gebracht, auf ihre Regierungen einwirken, daß in Deutschland eine rechtsgerichtete Regierung zustande kommt. Eine Allianz der europäischen Kapitalisten soll dann die Ausbeutung des deutschen Volkes los machen, daß auch Herr Stinnes und seine Bundesgenossen auf ihre Kosten kommen.

Wir haben es also mit einer regelrechten politischen Verbrecherbande zu tun, die unter dem wohlwollenden Schutz der Regierung ihr Dasein fristet. In Magdeburg ist bei den Banditen auf Grund der Schwindelnachrichten eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden. Die Hauptgeschäftsstelle in Berlin bleibt unbehelligt, obwohl wir schon seit Wochen auf die Gefährlichkeit dieses Samplings hingewiesen haben, aus dem alle Giftgase entspringen, die das politische Leben Deutschlands verpesten. Der Staatskommissar Weismann hat die Hauslunken aus der Oranienburger Str. 67 nicht ungern. Sie haben ihm, seinem Vorgänger und darüber hinaus auch den Ministern Heine, Hirsch und Roste schon viel wertvolles „Material“ geliefert, daß es als Staatsverbrechen erscheinen könnte, dieses Verbrechernetz anzuhauen.

## Die Truppentransporte

In den zahlreichen, die Bevölkerung beunruhigenden Gerüchten über die Beförderung von Truppen und Kampfmateriale der Entente auf deutschen Eisenbahnen, die im Kriege Polens gegen Sowjetrußland verwendet werden sollen, erfährt die von unabhängiger Seite folgende:

Es gehen regelmäßig Nachschübe und Abzüge zu und von den in den Abkommensgebieten Ostpreußens, Westpreußens und Oberschlesiens stationierten Besatzungstruppen. Diese Transporte laufen von Bismarckheim nach Sagan über die Strecke Frankfurt-Süd-Hanau-Ost-Minden-Blankenheim-Gerlingen-Erfurt-Weippenfeld-Leuzsch-Taucha-Eilenburg-Itzenberg-Kottbus-Sagan und zwar in der Weise, daß an die regelmäßigen am Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend verkehrenden Züge sowie an die Montag, Mittwoch und Freitag verkehrenden Kurierzüge einige Wagen mit Mannschaften und Material darunter auch für die Schließungen der Truppen erforderliche Munition angehängt werden. Die Transporte gehen von Sagan weiter nach Oppeln für Obereschlesien über die Stationen Piesnitz-Kalshof-Mosbörn-Brodau-Carlsmarkt, während von den am Sonntag und Donnerstag verkehrenden Zügen eine Wagengruppe für West- und Ostpreußen nach Deutsch-Eylau abgezwängt wird. Entsprechend verkehren regelmäßig Rückzüge über dieselben Strecken. Diese Transporte dienen lediglich dem Zweck, die Besatzungstruppen abzulösen und mit Material zu versehen und werden daraufhin von den zuständigen deutschen Stellen regelmäßig kontrolliert.

Trotz dieser beruhigenden Meldung muß die Arbeiterschaft ein wachsames Auge auf die Truppentransporte richten. Unter der Maske, Nachschübe für die Besatzungstruppen vorzunehmen, können sehr leicht polnische Hilfstruppen befördert werden. Deshalb ist verstärkte Aufmerksamkeit am Platze.

## Die persönliche Angelegenheit

Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß Herr Schilde bei der Abstimmung im Reichstag über unseren die Sozialisierung des Kohlenbergbaues fordernden Antrag seine Ablehnung durch Stimmbleiben zum Ausdruck gebracht hat. Dem „Vorwärts“ gefüllt das nicht. Stillschweigen darüber wäre ihm ihm sympathischer gewesen. Er best uns an und findet, daß wir nur unser Agitationsbedürfnis Rechnung tragen wollten. Im übrigen handelt es sich um eine „Angelegenheit persönlicher Art“.

Wenn das Blatt damit sagen will, die Abstimmung des Herrn Schilde sei seine persönliche Angelegenheit, so können wir denn doch unser Erstaunen über eine so laze Auffassung nicht verhehlen, die wir selbst bei den Rechtssozialisten auf ihrem gegen-

wärtigen Niveau nicht vermutet hätten. Keim, es ist eine Anzeichen der Arbeiterklasse, wenn ein sich sozialdemokratisch nennender Abgeordneter gegen die Sozialisierung stimmt. Und diese Handlung fällt zurück auf seine Partei, die ihn für wert hielt, einen wichtigen Posten im Ministerium zu bekleiden.

## Der Fall Herzog

Wir erhalten aus Moskau eine Zuschrift von Wilhelm Herzog, die sich gegen einige in der „Freiheit“ vom 28. Juni aufgestellte Behauptungen richtet. Herzog betont darin, daß er mit seiner Reise nach Rußland dem Wunsche einiger russischer Genossen und seinem eigenen Willen gefolgt sei, um die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse Sowjetrußlands kennen zu lernen. Die von uns wiedergegebene Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“, daß er sich als Vertreter des linken Flügels der U. S. P. bezeichnet habe, sei unrichtig. An der Sitzung des Exekutivkomitees der dritten Internationale habe er auf Einladung des Vorsitzenden Sinowjew und seines Sekretärs, Kadel, teilgenommen. Ferner erklärt Herzog, ihm sei unbekannt gewesen, daß das Zentralkomitee, irgendeine derartige Aufforderung, ihn von der Reichstagskandidatur zu freistellen, an die Hamburger Organisation gerichtet habe. Bis zum letzten Tage seines Hamburger Aufenthalts sei dort kein Brief des Zentralkomitees eingetroffen. Er sei auch den unangenehmen Auseinandersetzungen nicht aus dem Wege gegangen, sondern habe sie zum wiederholten Male schriftlich und mündlich immer wieder gefordert.

Daß Herzog von dem Brief des Zentralkomitees nicht unterrichtet war, ändert nichts an der Tatsache, daß er wirklich geschrieben und abgehandelt worden ist. Im übrigen haben wir zu den Bemerkungen Herzogs zu erklären, daß die von dem Zentralkomitee eingeleitete Kommission ihre Untersuchungen längst erledigt hätte, wenn seine Abreise das nicht unmöglich gemacht hätte. Da sie die Anschuldigungen gegen ihn sofort nach seiner Rückkehr erledigen will, dürfte man ihr wohl weitere Feststellungen überlassen.

## Der Kongreß der 2. Internationale

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Genf wird der Kongreß der 2. Internationale, der am Sonnabend beginnt, wahrscheinlich vom belgischen Justizminister Vandervelde geleitet werden, da Branting, dem diese Aufgabe zufiel, sich wegen Krankheit entschuldigen ließ. Ganz international wird die Versammlung nicht sein, denn Italien und auch Frankreich sind nicht vertreten. Aus Frankreich kommen allerdings einige Abgeordnete, an deren Spitze Turiol steht, aber das sind jene Dissidenten, die bei der letzten Wahl von der Partei ausgeschlossen und nur mit Hilfe der bürgerlichen Stimmen in die Kammer gewählt worden sind. Die „Humanität“ schweigt den Kongreß bis jetzt vollkommen tot, aber aus bürgerlichen Blättern erfährt man, daß die Herren Turiol und Genossen in Genf die Frage nach der Verantwortlichkeit am Kriege stellen und ein deutsches Schuldkenntnis fordern werden. Die wichtigsten Gegenstände der Beratung dürften die Einheit der Partei und die Absage an den russischen Diktaturgedanken sein. Wie Hunsman versichert, sind fast alle zusammenkommenden 200 Delegierten antisowjetisch gesinnt.

## Der internationale Bergarbeiterkongreß

Am Montag beginnt ebenfalls in Genf der vermutlich wesentlich wichtigere internationale Kohlenbergarbeiterkongreß seine Sitzungen. Es haben sich bisher angemeldet 70 Engländer, 85 Deutsche, 25 Franzosen, 15 Belgier, 1 Desterreicher, 1 Ungar. Ob die Amerikaner kommen, weiß man noch nicht. Aus der Tagesordnung stehen unter anderem die von den Engländern vorgeschlagene „Nationalisierung“ der Bergwerke in allen Staaten und die zwei deutschen Vorschläge, nämlich internationale Verteilung der Kohlen und Einführung des Sechsstundentages. Dieses letztere Thema erweckt, nach dem „B. T.“, in der französischen Presse ein gewisses Mißtrauen. Man beginne zu fürchten, daß auf dem Genfer Kongreß eine Sabotage der Beschlüsse von Spaa versucht werden könnte.

## Die heutige Sitzung des Reichstages

Die heutige Sitzung des Reichstages begann bereits um 11 Uhr vormittags. Als erster Punkt der Tagesordnung werden fast 50 kleine Anfragen erledigt, darunter auch einige Anfragen der Kommunisten und der Unabhängigen, die aber am Schluß der Debatte anderer Blätter noch nicht verhandelt worden sind. Die Beantwortung der Anfragen geschieht unter ziemlichem Teilnahmslosigkeit des schwach besetzten Hauses, ohne daß es zu irgendwelchen weiteren Erörterungen darüber kommt. Der wichtigste Gegenstand der heutigen Tagesordnung ist die dritte Lesung des Gesetzes über die Aufhebung der Militärgesetzbarkeit und die Fortlage über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes.

## Ein Mädchen

Von Josef Penzler

Es war einmal, oder wird einmal sein: ein herrlich schönes Land. Dieses Land war so groß, daß es die ganze Erde umfaßte. Es gab keine feindlichen Länder und keine kriegerischen Herrscher, die ganze Welt war ein Land, und die Menschen lebten miteinander, wie gute Geschwister zu leben haben, die nicht neidisch sind, sondern gerne alles mit den anderen teilen und jeden freudig in seiner Arbeit unterstützen.

In diesem herrlichen Land gab es überall Gärten und glanzvolle Häuser, und wenn sich jemand streuen wollte, brauchte er bloß in eines der glanzvollen Häuser zu blicken, und wenn er sah, wie gut und glücklich dort die Menschen leben, wurde es ihm ganz froh ums Herz.

Und diese Menschen waren sehr stark und mächtig. Es war nicht mehr notwendig, daß sie einander befehlen. Man brauchte auch weder Könige, noch Befehlshaber, noch andere Führer. Jeder wußte, was er zu tun habe. Die Menschen lebten in gemeinsamem Verständnis, bauten herrliche Gebäude, errichteten Bibliotheken, erzählten prächtige und nützliche Geschichten; lebten froh und gut. Und ihre Macht war größer, denn die der Könige. Denn welcher König kann heute von dem einen Ende der Erde zum anderen fliegen, um dort seinen Befehlenden zu begegnen, und in kurzer Zeit wieder daheim sein? In dieser Welt war dies jedem möglich, denn da hatte jeder ein gutes Mittel, um das zu tun, was er wollte, nämlich die Luft. Und Flugzeug, das er, wenn es ihm beliebt, benutzen konnte. Und außerdem, welcher König oder Heerführer hat heute die Macht, dem Wetter, dem Regen und den Winden zu gebieten. Eine solche wirklich große Macht besitzt heute niemand. In diesem Land jedoch hatten die Gelehrten allmählich jeden Grund und jede Ursache der Witterung erkannt, allmählich vermochten sie im Voraus zu sagen, was für Wetter es geben werde, außerdem erlaubten sie auch, was man tun müsse, damit solches Wetter sei, wie sie wünschten. Als sie so weit gekommen waren, traten sie zusammen, berieten, was für Wetter das günstigste wäre und handelten danach. — Und in den Kaisernden standen nicht mehr solche Dummheiten, wie heute. Wenn jemand einen Ausflug machte, konnte er ganz bestimmt im Voraus wissen, ob er nach werden wird, oder nicht: er mußte sich bloß den Kalender anschauen.

Unter diesen, die Zeit und die Sterne erforschenden Männern gab es einen, namens Sternelund. Dieser besah in einem schönen Garten ein glanzvolles Haus, wo er zu schlafen und zu lesen pflegte. Wenn er sich des Morgens von seinem Lager erhob, badete er in dem frischesten Wasser der Marmorbassins und schwamm um die Wette mit seinen jungen und alten Gefährten. Dann gingen sie zusammen mitgehen, nachher arbeitete er frisch in dem gemeinsamen Gemüsegarten, Abends erforschte er die Sterne und trug seine Wahrnehmungen jeden Tag in ein großes Buch ein; so vermehrte er den höchsten gemeinsamen Schatz der Menschen, die Wissenschaft, der alles Gute entspringt. Eines Abends, als er in sein Buch besondere nützliche und interessante Aufzeichnungen geschrieben hatte, setzte sich der wacker

Sternelund unterwegs, da er heimstrebte, auf eine Bank und dachte über sein glückliches Leben nach.

„Ich bin ein besonders glücklicher Mensch“ — dachte er — „denn ich diene der ganzen Menschheit gar trefflich mit meiner Wissenschaft. Und mein Leben ist so schön. Denn es ist ja ein prächtiger Genuß, im Garten zu arbeiten. Das eine ist eine größere Freude als das andere. Aber ist es denn richtig, daß mir die Arbeit gar nicht schwer fällt, und ich an ihr Genuß finde? Tut nichts — freilich tut es nichts, ist aber auch jedes Menschen Arbeit so genussreich? — Es fiel ihm sein Freund und Schulkamerad Reinelund ein, der in einem Amt Bücher führte und außerdem Kanäle kübernte.“

Das Kanalkübernte wurde zwar von Maschinen besorgt, war aber trotzdem im Vergleich zu den übrigen sehr schön und sehr reinen Arbeiten eine mit Schmutz verbundene Beschäftigung, und manchmal, wenn es hier und dort etwas auszubessern gab, noch es auch übel.

„Weshalb muß Reinelund auch den Kanal noch kübernten“ — dachte Sternelund — „da ihm nicht einmal vergönnt ist, an der Bereicherung der Wissenschaften Freude zu finden?“

Und so ging er denn zu Reinelund und sprach also zu ihm: „Lieber Bruder und Schulkamerad! Jede meiner Beschäftigungen ist genussreicher, denn die deinen und deshalb bitte ich dich, tausche mit mir. Arbeite du im Garten und gestatte, daß ich den Kanal reinige. Du machst mir damit eine Freude.“

„Du sagst, ich mache dir damit eine Freude“ — antwortete Reinelund — „und so willige ich denn ein. Ich kenne dich und weiß, daß dir der demütigste Dienst deinen Menschenbrüdern gegenüber beliebt, deshalb leiste ich deiner Bitte Folge. Es ist schön von dir, daß du mir helfen wolltest, ich bin glücklich darüber. Obgleich ich auch bisher zufrieden war, denn ich wußte ja, daß meine Arbeit ein Teil der gemeinsamen Arbeit der Menschheit sei.“ Und sie sprachen darüber auch nicht mehr, Reinelund ward der Gärtner und Sternelund der Kanalkübernte. Sternelund war noch glücklicher als bisher, denn er konnte der Menschheit noch demütigster dienen. Doch wurde die Sache in der großen Gartenstadt bekannt, denn Reinelund, der einstige Kanalkübernte erzählte sie den Leuten.

Die Menschen waren glücklich darüber, daß sie über einem der ersten Gelehrten der Stadt abermals die Kunde einer neuen schönen Tat vernahmen. Und die Kinder warteten auf ihn, wenn er von der Arbeit heimkam, und wuschen im Wasser der Marmorbassins seine Hände rein. Er aber stattete den Kindern durch das Erzählen seiner lehrreichen Geschichten seinen Dank ab.

So lebte Sternelund glücklich, seine zwei Berufe ausübend: das Kanalkübernte und die Astronomie.

Denn in diesem glücklichen Lande hatte jeder zwei Beschäftigungen. Bei der einen diente er seinen Menschenbrüdern durch die körperliche Kraft, bei der anderen durch den Verstand, und nützte derart der Welt mit jeder guten Kraft.

Doch waren in dem großen Land noch Städte, wo es noch besonders Gelehrte und gewanderte Arbeiter gab. So viel war dort noch von jener alten, alten Welt zurückgeblieben, wo es noch Reich und Arme gegeben hatte. Als die Kunde von der Tat

des wackeren Sternelund nach eiliger Zeit auch hierher gedrungen war, brachen die Gelehrten dieser Städte auf, pilgerten zu den Kanalküberntern und schwere Arbeit verrichtenden Menschenbrüdern, denn sie sahen mit ihrem klugen Verstand ein, wozu eine große Selbstaufopferung es ist, wenn wir unseren Menschenbrüdern durch demütigste schwere Arbeit dienen. Und die Gelehrten und Gelehrten kamen in Sternelunds Stadt gepilgert und verneigten sich vor den hier lebenden Menschen. Und auch die Kinder errieten sie und lernten zweierteil Berufe, auf das es für niemanden ein schweres Opfer sei, womit er seinen Menschenbrüdern dient.

Und so lebten die Menschen glücklich weiter, dachten darüber nach, zerbrachen sich darüber den Kopf, wie man das Leben der Menschen schöner und wahrer gestalten könnte.

## Gorki über den Krieg mit Polen

Beim Geleit der Kommunisten zur Front hielt Maxim Gorki am 4. Mai folgende Ansprache:

Genossen, über eure Köpfe hinweg möchte ich den ehrenhaftesten polnischen Bürgern, wenn es dort solche noch gibt, einige Worte sagen, die bis an ihre Ohren dringen sollen.

In der Vergangenheit haben die polnischen Gutsherren mit den russischen Jaren einen langen Kampf geführt um die Erweiterung weiterer Ländereien und weiterer Sklavenarbeitskraft. Im Verlauf dieses Kampfes ist es vorgekommen, daß die Polen im Kraml oder die Russen in Warschau einzogen. Der Kampf endete mit dem Sieg der russischen Jaren. Dreimal ist das polnische Reich vom ruhmreichen russischen Selbstherrschertum in Stücke gerissen worden. Aus dieser Zeit des erbitterten Kampfes ist sowohl bei uns Russen als auch bei den Polen etwas im Herzen zurückgeblieben, das dem jetzigen Krieg einen besonders grausamen und unveröhnlichen Charakter zu verleihen droht.

So fanden die Dinge früher. Jetzt ist die Lage anders. Jetzt besitzt der Arbeiter und der Bauer die Macht. Sowjetrußland übernimmt keinerlei Verantwortung für die Sünden des Selbstherrschertums. Aber die Macht der Vergangenheit ist groß und die Nachwehen der alten Zeit wurzeln noch tief in der Volksseele. Und dies kann dem Kriege einen nationalen Charakter verleihen, der alle Klassen zu einigen vermag, trotz aller Verschiedenheit ihrer Interessen.

Nun möchte ich euch, Genossen, einige Worte über den von euch geführten Kampf sagen. Schlag auf Schlag jagelt auf eure Köpfe herab. Und weshalb? Nur weil ihr das Leben auf neuen Grundlagen umschaffen wollt. Unter einem Teil der Gesellschaft herrscht die Meinung, daß ihr in eurem Aufbau Fehler begeht, in eurem Kampfe zuweilen vielleicht unnötige Grausamkeiten geschehen läßt. Aber nicht wegen eurer Fehler und Grausamkeiten werdet ihr gehaßt. Grausamkeiten hat es auch früher gegeben, und sogar in übertriebenem Maße. Gehaßt werdet ihr nur deshalb

# Völkerverheugung

Von Ferdinand Caussy, Berichterstatter der „Humanität“.

Zum Jahresfest der Ermordung Jaurès, das kommenden Sonnabend in Paris stattfinden wird, hatte die französische sozialistische Partei, getreu den Traditionen der Internationale, zu deren bedeutendsten Vertretern der große Bestrebene gehört hat, auch Genossen anderer Länder eingeladen; für Deutschland war Georg Ledebour berufen worden.

Die Einladung Ledebours durch die französische Partei war aus folgenden Motiven erfolgt: Ledebour ist vor allem einer der ältesten Führer der sozialistischen Partei; als solcher war er oft wiederholt in Berührung gekommen und hatte sich dessen Freundschaft durch die Lebhaftigkeit seines Geistes, durch den Reichtum seiner Beredsamkeit und vor allem durch das Feuer seiner revolutionären Gesinnung erworben.

Abgesehen davon haben wir uns daran erinnert, daß Ledebour von Anfang an die Bewilligung der Kriegskredite aufs schärfste bekämpft hat. Es versteht sich von selbst, daß, wenn wir diese Tatsache hervorheben, wir in keiner Weise nationalistischen Gesinnungen Ausdruck geben. Heute, nachdem der Krieg hinter uns liegt, wollen wir mit den deutschen Genossen nicht ins Gericht gehen, die sich durch die Lügen der imperialistischen Regierung einfinden lassen, so wenig wie wir mit unseren französischen und englischen Genossen tun, die sich auch ihrerseits im Verlaufe des Krieges in den Schlingen des imperialistischen Kapitalismus verwickelten. Es ist nicht allen gegeben, in den Rebell der bürgerlichen Politik klar zu sehen. Aber nur diejenigen können als Führer des Proletariats gelten, die wie Ledebour vom ersten Tage an klar gesehen haben.

Die französische Regierung, die zu diesem Zweck zu einer Kabinettssitzung zusammengetreten war, hat nun Ledebour das Bittgesuch abgelehnt, das sie vor kurzem mit sozialer Bereitwilligkeit dem Hauptschuldigen an den Verwüstungen Nordfrankreichs und den Deportationen französischer und belgischer Arbeiter, Herrn und Frau Stinnes, bewilligte. Verantwortlich für diese Ablehnung der Einreise ist Herr Millerand, aber unsere französischen Genossen werden diese reaktionäre Handlung schon zu beanstanden wissen. Ich höre von hier das Rauschen des Beifalls, mit dem am nächsten Sonnabend in einem Saale von 12 000 Menschen die Verlesung der Ansprache Ledebours begrüßt werden wird, die die Vollizei Millerands trotz alledem nicht wird verhindern können.

Unseren deutschen Genossen, die diese Beleidigung in gleicher Weise wie uns trifft, begnüge ich mich zu ihrer Beurteilung folgendes ins Gedächtnis zu rufen: Dieser Millerand hat ehemals der sozialdemokratischen Partei angehört; ein kleiner Tölpel ohne Beredsamkeit, ein beschränkter Geist von langsamem und schwerem Verständnis, dessen einzige Qualifikation in Arbeitsamkeit besteht, verdankt er sein ganzes politisches Glück Jaurès. Indem er jetzt das Andenken dieses Mannes, der sein Wohlwäter war, schändet, spricht er selbst das Urteil über die moralische Beschaffenheit seiner Persönlichkeit.

Aber dieser Fall geht nicht allein Herrn Millerand an; durch die Verweigerung des Passes an Ledebour hat die französische Regierung jener Furcht vor dem Sozialismus Ausdruck gegeben, die alle ihre Handlungen bestimmt und aus ihr die reaktionäre Regierung Europas neben der des Admirals Horthy gemacht hat. Durch ihren Widerstand gegen eine Demonstration der internationalen Verjüngung setzt sie die Taktik der Aufstachelung des Hasses zwischen den Nationen fort.

Aber die Zeit ist vorüber, wo die Massen ohne Ausnahme den Eingebungen des Hasses folgten. Befehrt durch die Erfahrungen des Krieges, mehr und mehr durchdrungen von der sozialistischen Erkenntnis, weiß die Arbeiterklasse eines jeden Landes, daß sie in den Arbeitern der anderen Länder keinen Feind hat und daß ihr einziger Feind der alte Obrigkeitstaat ist, der sich vom Mittelalter her erhalten und der den Kapitalismus als Klassenstaat in den Dienst seiner Interessen gestellt hat.

Die Antwort der arbeitenden Klassen beider Länder wird der immer innigeren Zusammenziehung, eine bis in die Einzelheiten gehende Übereinstimmung der Aktion sein!

**Eine Rundgebung der irischen Arbeiter.** „Daily Herald“ veröffentlicht eine Rundgebung der irischen Arbeiter an die englische Arbeiterklasse, in der darauf hingewiesen wird, daß Verhandlungen mit der englischen Regierung nur die zukünftige Lage nicht zu klären können. Es wird gefordert, daß England keine Truppen aus Irland zurückzieht und dem irischen Volk selbst die Verantwortung überläßt.

halb, weil ihr das alte Bourgeoisie-Staatswesen zertrümmert hat und neues Leben erschafft.

Genossen, ich habe den Krieg als höchst grausame Erschöpfung, wenn man mir an die Kehle springt, werde ich mich bis zum letzten Blutstropfen verteidigen. Die polnischen Pans zwingen uns trotz aller Bemühungen der Sowjetrepublik, einen friedlichen Ausgleich zu finden, den Krieg auf, sie springen an die Kehle. So sei es denn Krieg! So sei es denn Kampf! Hinter euch stehen die Arbeiter und Bauern von ganz Sowjetland und ihr werdet siegen! Ich grüße euch, wer te Genossen!

**Ueber die Bedeutung Ganghofers.** Zu unserer Notiz über Ganghofer sind uns zahlreiche Zuschriften widersprechender Auswertungen zugegangen.

Wie wir bereits hervorgehoben haben, sind wir über die einseitige Mitarbeit unserer Leser am Aufbau unseres Kulturlebens hocherfreut. Selbstverständlich wird es sich nicht selten ereignen, daß bei einem solchen Zusammenwirken Kunst- und Weltanschauungen in scharfem Kontrast gegenüberstehen (wie hier im Falle Ganghofer). Aber gerade aus dieser Gegensätzlichkeit erwächst der wahre Gewinn: die Anregung für alle beteiligten Kreise zur Bildung eines eigenen Urteils. Kritik kann nur ausregen, niemals aufhalten und irrtümlich halten. — In unserem speziellen Fall empfinden wir unsern Lesern, Ganghofer zunächst einmal unter der Perspektive Angenehmens und Kosmopoliten zu betrachten, um deren abschließenden Urteil für den literaturgeschichtlichen Wert Ganghofers näherzukommen.

Ein physikalisches Kursus wird vom 6. bis 14. September im physikalischen Laboratorium des Versuchsfeldes für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre an der Technischen Hochschule Charlottenburg abgehalten, der einen Ueberblick über die bisherigen Erfahrungen und Methoden der physikalischen Lehrungsprüfung geben soll. Neben Vorlesungen sind Übungen geplant, um den Teilnehmern Einblick in die praktische Tätigkeit der Industrie zu verschaffen. Die Kurse werden praktisch arbeitende Prüflinge der Industrie beinhalten sowie Ueberblicken Groß-Berliner Industrieunternehmen. Anmeldungen sind zu richten an das Technische Vorlesungswesen Groß-Berlins des Bereichs deutscher Ingenieure, Abt. physikalisches Kursus, Berlin NW 7, Sommerstr. 4a.

Novemberturn, ein neues Revolutionsstück von Emil Hallupp, dem Verfasser der „Internationale“, wird am Sonntag, den 21. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Sommertheater „Groß-Berlin“, Hofenstraße 15, erstmalig aufgeführt.

# Die Kohlenpreise

## Neue Preiserhöhung für Kohle in Aussicht?

Der Sitzung des Reichskohlenverbandes mit dem großen Ausschuss des Reichskohlenrates, über die wir an anderer Stelle berichtet, liegt auch ein Antrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats auf Erhöhung der Ruhrkohlen vor. Das Syndikat beantragt, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, eine Erhöhung von 25 Mark pro Tonne, wodurch zugleich der Kohlen- und der Umsatzsteuer der Kohlenpreis um mehr als 30 Mark pro Tonne steigen würde. Selbst das „Berliner Tageblatt“ meint, daß nicht erschüssig sei, weshalb eine über die Stieglingsaufwendungen hinausgehende Preiserhöhung von 11 Mark notwendig sein sollte. Auch wenn die ganzen, den Bergarbeitern am 1. Juni gewährten Mehröhne von 7,50 Mark jetzt auf den Preis geschlagen werden sollen, so bliebe immer noch ein Betrag von 3,50 Mark, für den jede Erklärung und Berechtigung fehle. Am so mehr, als die Zechenbesitzer jetzt für Zweidrittel bis Dreiviertel der an die Entente zu liefernden Kohlen, nämlich 1,4 Mill. T. monatlich, einen Zuschlag von 8 Goldmark gleich 40 Papiermark erhalten, was auf die ganze Ruhrkohlenproduktion von 7 Mill. Mark monatlich verteilt eine Preiserhöhung von 8 Mark pro Tonne bedeutet. Wenn gleich diese Zuschüsse von 5 Goldmark zu bestimmten Zwecken, insbesondere für die bessere Ernährung der Bergarbeiter verwendet werden müssen, so entlasten sie doch das Budget der Zechen in irgendeiner Hinsicht, denn diese Beträge müßten sonst in anderer Weise aufgebracht werden. Neue Lohnforderungen allgemeiner Natur haben die Bergarbeiter nicht gestellt, und die Mehrzahlungen, die sich daraus ergeben, daß infolge des Spaa-Abkommens mehr höherbezahlte Ueberflachten als bisher verfahren werden müssen, finden dadurch ihren Ausgleich, daß bei steigender Förderung die Generaluntkosten sich entsprechend verringern. Eine Kohlenpreiserhöhung ist im gegenwärtigen Augenblicke, in dem auf einen Abbau der Warenpreise hingearbeitet werden soll, höchst bedenklich, aus tatsächlichen sowie auch aus psychologischen Gründen, denn eine Kohlenpreiserhöhung wirkt nicht nur selbstkostensteigernd für die ganze Industrie, sondern sie trifft auch denjenigen Warenbesitzer den Rücken, die in der Hoffnung auf einen Konjunkturaufschwung sich bisher noch nicht zu erheblichen Preisnachlässen entschlossen haben. In dieser Hinsicht haben sich die Verhältnisse gegenüber dem Juni d. J. nicht geändert.

Wir können diesen Ausführungen durchaus zustimmen. Die Erhöhung der Kohlenpreise im gegenwärtigen Augenblicke würde geradezu verhängnisvolle Folgen haben. Sie müßte als ein starker Anreiz zur Preiserhöhung auf fast allen Gebieten wirken und die Lebenshaltung der Massen in einem Maße beeinträchtigen, die die schwersten Gefahren befürchten lassen. Schon jetzt ist überall ein Rückgang der Arbeitsleistung der Arbeiter wegen der Unmöglichkeit, eine ausreichende Ernährung zu bezahlen, zu beobachten. Die Arbeitsfähigkeit der Arbeiter müßte weiter rapide schnell sinken und Zustände heraufbeschwören, die der beste Boden für gewalttätige Ausbrüche der Unzufriedenheit und des Elends in der Lage der Arbeiterklasse darstellen würden. Es muß deshalb verlangt werden, daß die Kohlenpreiserhöhung unter allen Umständen vermieden wird.

## Schein und Wirklichkeit

Der „Vorwärts“ jammert etwa alle zwei Tage in einem Leitartikel, und daneben noch in zahlreichen kleinen Notizen darüber, daß die Unabhängige Sozialdemokratie wie im Reiche so auch in den Einzelstaaten es ablehne, mit bürgerlichen Parteien Koalitionsregierungen zu bilden, und daß sie in den Fällen, wo sie sich überhaupt zu Verhandlungen herbeilasse, so harte Bedingungen stelle, daß die Bildung einer Regierung mit ihnen unmöglich wäre. Auf diese Weise komme es dahin, daß die bürgerlichen Parteien überall die Regierungsbildung übernehmen müßten und dadurch bröckle die Arbeitermacht auch in den Einzelstaaten unaufhaltsam ab. So erst neuerdings wieder in Kesselsburg. Die Politik der U. S. D. arbeite nur für die Kappisten, und dadurch erweise sie sich als der Totengräber der Arbeitermacht in Deutschland.

Unterhalb Jahre lang haben die Rechtssozialisten im Reiche die Koalitionsregierung mit den Demokraten und dem Zentrum gebildet. Unterhalb Jahre lang also haben sie Zeit gehabt, zu erwägen, welche Früchte die Koalitionspolitik für die Arbeiterklasse hervorzubringen in der Lage sei. Was aber haben wir gesehen? In dieser Zeit ist den Arbeitern ein Recht nach dem anderen geraubt worden, immer ungestörter konnte sich dagegen die Reaktion entwickeln. Die Arbeiterklasse wurde von der Koalitionsregierung immer weiter auf den Stand zurückgedrängt, den sie vor den Novembertagen eingenommen hatte, die Bourgeoisie dagegen konnte sich fast alle Machtpositionen zurückholen, die sie damals aufgeben mußte. Die ganze Arbeit der Koalitionsregierung erschöpfte sich darin, die weitere Auswirkung der sozialen Revolution zu verhindern und dafür die kapitalistische Wirtschaft und den Klassenstaat in vollem Umfange wieder herzustellen. Was der „Vorwärts“ unter „Arbeitermacht“ versteht, das sind die dekorativen Würden, mit denen die Ebert, Scheidemann und Roske besetzt wurden. In Wirklichkeit waren diese Leute nichts anderes als die Blaskhalter der Reaktion, die ihre Leute einrücken läßt, wenn die Rechtssozialisten die genügende Borarbeit geleistet haben.

Man braucht sich nur an den Namen Kossel zu erinnern, um die ganze Heuchelei dieses rechtssozialistischen Gejammeres zu erkennen. Auch dieser Mann hat wohl ein Stück „Arbeitermacht“ verkörpert. Aber seiner Tätigkeit gedenkt die Arbeiterklasse nur mit einem Fluche. Nicht die Uneinigkeit der Arbeiter hat den Märzputsch vorbereitet, sie ist auch nicht daran schuld, daß die „Erregungssachen“ der Märztage wieder verraucht sind, sondern die Politik der Rechtssozialisten, die sie vor und nach dem Putsch getrieben hatten und die sie heute noch fortsetzen, hat es bisher verhindert, daß das Proletariat von seiner wirklichen Macht, die sich nicht im Besitze einiger Ministerstühle und Oberpräsidententitel ausdrückt, Gebrauch machen konnte.

Das Proletariat kämpft nicht um den Schein der Macht, sondern es verlangt nach der wirklichen Macht. Diese erreicht es nicht in der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien, sondern nur dadurch, daß es sich auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes sammelt. Dadurch erst gewinnt die Arbeiterklasse die Macht, ihren Gegner, den Kapitalismus, vollständig und auf die Dauer niederzuwerfen. Die Koalitionspolitik dagegen schwächt das Proletariat und verhindert es, seine wirkliche Macht zu gebrauchen.

## Aufhebung der Zwangswirtschaft in Baden

U. Karlsruhe, 30. Juli.

In der gestrigen Sitzung des Landtages erklärte bei der Besprechung über die Aufhebung der Zwangswirtschaft der Minister des Innern, daß die teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft in Baden den stärksten Widerstand der Reichsregierung gefunden habe und daß Nordrhein-Westfalen sich bedauern sei. So seien keine Kartoffeln von Nordrhein-Westfalen nach Baden angewiesen worden. Die Schwurgerichte habe die bürgerliche Regierung vorausgeschickt und sie warne den Landtag, der klügeren Auf-

Auch diese neue Forderung nach Preiserhöhung, obwohl der Unternehmensgewinn im Bergbau nach den unerschütterten Feststellungen Dr. Kuczynskys seit 1914 um das 32fache gestiegen ist, belegen die Arbeitslöhne nur um das 11fache, zeigt die Dringlichkeit der Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

## Die Regierung gegen höhere Preise

Im Anschluß an die gestrige öffentliche Sitzung des Reichskohlenrates, über die wir im Morgenblatt berichteten, fand eine Tagung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates statt, die insbesondere über den Antrag auf eine ab 1. August wirksame Kohlenpreiserhöhung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats von 25 Mark je Tonne ausschließlich Kohlensteuer

Beschluß fassen sollte. Diese 25 Mark setze sich aus folgenden drei Posten zusammen:

1. 14 Mark für verstärkten Heimstättenbau;
2. 9 Mark zur Übernahme der seit Juni anläßlich einer Lohnsteigerung einseitigen vom Reich kreditweise hergegebenen 4 1/2 Mark je Schicht für Lebensmittellöhne;
3. 1,80 Mark bzw. rund 2 Mark zur Rückzahlung der zu Ziffer 2 genannten schon ausgegebenen Beträge an das Reich.

Staatssekretär Dr. Hirsch teilte dazu mit, daß das Kabinett sich mit der Frage beschäftigt habe und zu folgendem Ergebnis gekommen sei:

Das allgemeinerwirtschaftliche Interesse läßt zur Zeit eine Kohlenpreiserhöhung nicht zu. Wird sie beschloffen, so ist gegen diesen Beschluß der gesetzliche Einspruch zu erheben.

Indessen erklärt die Reichsregierung sich bereit, für den Bergarbeiterheimstättenbau sofort 300 Millionen Mark im Wege des Kredits bereit zu stellen und auf die Rückzahlung der oben zu Punkt 3 genannten Beträge zu verzichten. Die verbleibenden 9 Mark des Antrages würden die Zechen ab 1. August selbst ohne Preiserhöhung tragen können aus drei Gründen: 1. weil die Materialpreise in den letzten Monaten stark gesunken seien und sich dadurch die Selbstkosten ermäßigen würden; 2. weil die Förderung steigen und auch dadurch die Selbstkosten sinken würden; 3. weil die meisten Zechen bisher schon gute Gewinne aus Nebenerträgen erzielt hätten.

Nach eingehender Aussprache wurde angenommen, daß die Preiserhöhung zu Punkt 3 über 2 M. durch das Angebot der Regierung einseitig sei. Ein Antrag, hiernach nur 23 M. pro Tonne Preiserhöhung zu beschließen, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag, angesichts des Angebots des Heimstättenkredits nur die noch zu verbleibenden 9 M. Preiserhöhung zu fordern, fand Annahme. Staatssekretär Dr. Hirsch legte gegen die Erhöhung im Auftrage der Reichsregierung Einspruch ein. Es wurde ein kleiner Ausschuss aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und einem Verbraucher gewählt, der dem Reichskabinett den Standpunkt der Bergbauinteressenten morgen darlegen soll.

Schließlich fanden Verhandlungen statt, die auf eine Ermäßigung der Braunkohlenpreise hingingen. Diese Verhandlungen dauern noch an.

hebung der Zwangswirtschaft zugestimmen, um so mehr, als die Kartoffelversorgung der Großstädte jetzt schon auf Schwierigkeiten stößt und vom Oberland gefragt werde, daß fremde Käufer das Vieh aufkaufen. Der Landtag nahm trotzdem einstimmig einen Antrag an, wonach die Zwangswirtschaft für Kartoffeln, Getreide, Schlachtvieh, Fleisch, Fett, Lab, ferner für Flach und Hanf alsbald aufgehoben werden soll.

**Die Kosten der Kriegswirtschaft.** Bei der köstlichen Lebensmittelversorgung in Bochum ist ein Verlust von rund zehn Millionen Mark entstanden, die die Stadt Bochum während der Dauer der Kriegswirtschaft zusehen mußte.

## Ueber die Grenzen hinweg!

Der Bezirk Saarrevier des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands (sogenannter Alter Verband), dessen Arbeitsgebiet für 15 Jahre von Frankreich besetzt gehalten wird, und der Verband der Bergarbeiter Lothringens haben einen Kartellvertrag abgeschlossen, der bezweckt, eine enge Verbindung zwischen beiden Organisationen herzustellen, indem sich die beiden Verbände fortlaufend über alle Ereignisse in ihren Gebieten unterrichten, sowie einander hilfreich beistehen, soweit dies nach den freigewerkschaftlichen Grundsätzen und nach ihren Satzungen möglich ist. In Paragraph 4 des Vertrages heißt es: Der Verband der Bergarbeiter Lothringens verpflichtet sich, da er in der französischen Arbeiterpresse und im französischen Parlamenten Einfluß besitzt, nach bestem Können die beruflichen Interessen der Saarbergarbeiter gemäß den internationalen Grundsätzen mitzuvorteilen.

## Deutschland und Holland

### Das Kohlen- und Kreditabkommen

U. Haag, 30. Juli.

In ihrer Antwort an die erste Kammer bezüglich der Kredite für Deutschland sagt die holländische Regierung, daß die deutschen Kohlenlieferungen gesichert seien, und daß keinerlei internationale Verwicklungen zu befürchten wären.

Die erste Kammer hat ohne Abstimmung den Gesetzentwurf betreffend den Kredit an Deutschland angenommen.

## Skandal in der belgischen Kammer

Br. Brüssel, 30. Juli.

In der belgischen Kammer sollte gestern eine Gesetzesvorlage behandelt werden, die die Errichtung eines Fonds für belgische Krieger bewilligt werden sollte. Es kam zu einer großen Rundgebung der früheren Frontsoldaten, die nach Ueberwältigung der Polizei in den Sitzungssaal eindringen. Die Demonstranten beliefen sich auf 12-15 000 Personen. Unter dem Rufe „Nieder mit dem Kriegeminister“ wurden die Fenster des belgischen Kammergebäudes eingeschlagen und etwa 500 Personen drangen in den Sitzungssaal ein. Dort entstand ein heftiges Handgemenge zwischen den Demonstranten und den Kammermitgliedern. Der Abgeordnete Hubin erhielt Prügel. Die Tumulte dauerten etwa eine Stunde. Dann zogen die Demonstranten wieder ab. Um 5 Uhr war alles ruhig in der Kammer und man konnte in der Verhandlung der Tagesordnung fortfahren. Die Regierung will gegen das Blatt „Onze Vaderland“ eine gerichtliche Untersuchung einleiten, weil sie es als Hauptanklüger der Rundgebungen betrachtet.

## Explosion eines Geschloßlagers

Heute 3 Uhr vormittags explodierte in der Munitionsfabrik Puzos aus unbekannter Ursache ein Geschloßlager, bei dem 10 Arbeiter getötet und 8 schwer verletzt wurden, von denen zwei im Krankenhaus starben. Außerdem sind 6 Arbeiter leicht verletzt worden. Eine gerichtliche Kommission ermittelte am Unfallort, doch konnte nichts Befriedigendes festgestellt werden.

